Staat und keine Staatengruppe Sicherheit und Gedeihen darauf aufbauen, anderen Ländern und Völkern mit militärischer Gewalt ihren Willen zu diktieren. Eine solche Politik - gleich ob man sie »Neoglobalismus« oder anders nennt - ist aussichtslos und für die Menschheit unheilvoll. Grundlegende Aufgabe unserer Zeit ist es, den Frieden zu schützen, das Wettrüsten zu beenden und zu konkreten Abrüstungsmaßnahmen, in erster Linie auf nuklearem Gebiet, überzugehen. Sie kann gelöst werden. Es ist möglich, die Tendenz des Anwachsens der Kriegsgefahr umzukehren und die internationalen Beziehungen in die Bahnen der Entspannung zurückzuführen. Die Menschheit kann und muß den Weg zu einem nuklearen Inferno versperren.

Die Teilnehmer der Tagung sind fest überzeugt, daß zuverlässige Sicherheit für alle Länder und Völker sowie friedliche Bedingungen für ihre Entwicklung und ihren Fortschritt nur mit politischen Mitteln, durch gemeinsame Anstrengungen aller Staaten gewährleistet werden können. Diese Position trägt den Realitäten des Atomzeitalters Rechnung und ist ein Beweis der hohen Verantwortung für das Schicksal ihrer Völker, für die Geschicke der ganzen Menschheit.

In der gegenwärtigen Situation gibt es keine vernünftige Alternative zur friedlichen Koexistenz der Staaten. Heute ist es mehr denn je erforderlich, die Prinzipien der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, des Verzichtes auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der territorialen Integrität, der friedlichen Streitbeilegung, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und die anderen allgemein anerkannten Normen der internationalen Beziehungen strikt einzuhalten.

II.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bekräftigen die Aktualität der Ziele und Aufgaben, die in der Erklärung der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Sofia vom 23. Oktober 1985 gestellt wurden. Sie halten es für ihre Pflicht, beharrlich und konsequent dafür zu ringen, die nukleare Bedrohung zu beseitigen, eine Wende zum Besseren in Europa und in der Welt herbeizuführen und eine fruchtbringende Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu entwickeln. Die verbündeten sozialistischen Staaten streben die Schaffung eines allumfassenden Systems der internationalen Sicherheit an, das sowohl das militärische und politische als auch das ökonomische und humanitäre Gebiet umfaßt. Die außenpolitische Linie der Bruderländer, die in den Beschlüssen der Parteitage ihrer regierenden Parteien verankert ist, zielt darauf, eine für alle sichere Welt - eine Welt ohne Waffen und ohne Kriege - zu errichten.